

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Simon Kowalewski (PIRATEN)

vom 24. Juli 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Juli 2012) und **Antwort**

Berliner Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Soldatinnen und Soldaten mit Wohn-/Meldeort Berlin wurden bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit 1992 verletzt (bitte nach Kriegen/Einsätzen und Jahren sowie Geschlecht und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

2. Wie viele Berliner Soldatinnen und Soldaten starben in Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit 1992 durch Fremdeinwirkung (bitte nach Kriegen/Einsätzen und Jahren sowie Geschlecht und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

3. Wie viele Berliner Soldatinnen und Soldaten haben sich in Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit 1992 der Bundeswehr selbst getötet (bitte nach Kriegen/Einsätzen und Jahren sowie Geschlecht und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

Zu 1. bis 3.: Zu den in den Fragen 1. bis 3. erbetenen Zahlen liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

4. Wie viele Berliner Soldatinnen und Soldaten leiden infolge ihres Kriegseinsatzes im Ausland unter psychischen Erkrankungen wie Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) (bitte nach Kriegen/Einsätzen und Jahren sowie Geschlecht und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

Zu 4.: Im Rahmen der Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts wird statistisch nicht gesondert erfasst, wie viele Berechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) wegen eines Auslandseinsatzes an einer Posttraumatischen Belastungsstörung erkranken.

5. Welche Hilfs- und Beratungsangebote gibt es im Land Berlin für Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörige, die an gesundheitlichen Folgeschäden – seelischen und psychischen – ihres Kriegseinsatzes leiden?

Zu 5.: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Versorgungsamtes Berlin (Rentengruppen) beraten zum Anerkennungsverfahren nach dem Soldatenversorgungsgesetz und zur Gewährung von Rentenleistungen, Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung, Leistungen der Orthopädischen Versorgungsstelle und Hauptfürsorgestelle.

Die Bundeswehr hat vor einigen Jahren das Psychosoziale Netzwerk gegründet. Auf Standortebene wird Angehörigen der Bundeswehr die Möglichkeit gegeben, bei Truppenärzten, Truppenpsychologen, Sozialarbeitern oder Militärseelsorgern Hilfe zu erhalten. Als vorbeugende weitere Maßnahme können Einsatzrückkehrer auf Wunsch und mit Vorschlag des Disziplinarvorgesetzten und nach Beratung durch den Truppenarzt eine Präventivkur beantragen.

In Berlin hält das Bundeswehrkrankenhaus ein umfangreiches Therapieangebot für die Verarbeitung der psychischen Folgen von Auslandseinsätzen bereit.

Adresse:
Scharnhorststraße 13
10115 Berlin
Telefon: +49 30 2841 - 0
Telefax: +49 30 2841 - 1043

Webseite: www.bundeswehrkrankenhaus-berlin.de/portal/a/berlin

Ambulante Behandlungen erfolgen über Sanitätszentren oder zivile Ärzte.

Unter der Internetadresse www.angriff-auf-die-seele.de/ptbs/rat-vom-fachmann.html können Soldatinnen und Soldaten sich auch über das Internet beraten lassen.

Mit Hilfe einer zentralen Hilfe- und Kontaktdatenbank können Kontakte zum Thema Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), psychosoziale Unterstützung und Familienbetreuung nach Stichwort und Postleitzahl gesucht werden: <http://www.angriff-auf-die-seele.de/ptbs/hilfe/hilfe-a-kontaktdatenbank/137-hkdb-info.html>

Darüber hinaus hat die Bundeswehr eine PTBS Telefon-Hotline eingerichtet, die unter der kostenlosen Telefonnummer 0800 588 79 57 erreichbar ist.

6. Aufgrund welcher Datensätze bzw. Unterlagen wurden vorstehende Fragen beantwortet und inwieweit wäre es möglich, diese (ggf. in aufbereiteter Form) auf dem Berliner Open-Data-Portal einzustellen und fortlaufend zu aktualisieren?

Zu 6.: Die mit dieser Anfrage erbetenen Angaben sind ausschließlich für die Beantwortung dieser Anfrage erhoben worden. Eine Einstellung dieser Daten in das Open-Data-Portal des Landes Berlin wird derzeit nicht erwogen.

Berlin, den 21. August 2012

In Vertretung

Michael B ü g e

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. August 2012)